

Geschichtsarbeit

17. Juni 1953

Der Volksaufstand in Ostberlin



Verfasst von Jonathan Landau und Tobias Zehnder

Zürich, 3. Juni 2000
(Ueberarbeitet: 8. Mai 2003)

www.17juni1953.com

Inhaltsverzeichnis

1. Die Vorgeschichte des Volksaufstandes	2
1.1 Der „Aufbau des Sozialismus“.....	2
1.2 Der „Neue Kurs“.....	2
1.3 Der Protest am 16. Juni 1953.....	3
2. Der Volksaufstand	5
2.1 Die Ereignisse des 17. Juni 1953.....	5
2.2 Der Aufstand in Zahlen und Fakten.....	7
3. Die Folgen	8
3.1 Die Folgen in der DDR.....	8
4. Literaturverzeichnis	11

1. Die Vorgeschichte des Volksaufstandes

1.1 Der „Aufbau des Sozialismus“

Zentrale Bedeutung in der Geschichte des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 hatte die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), der als Generalsekretär bzw. Erster Sekretär Walter Ulbricht vorstand. Schon seit ihrer Gründung 1946 und spätestens seit der Gründung der DDR im Jahre 1949 beherrschte sie als mitgliederstärkste Partei sowohl die Politik in der DDR wie auch alle staatlichen Institutionen und prägte die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen.

Die erste Schritt der Partei, der in direkter Beziehung zum Aufstand vom Juni 1953 führte, war im Juli 1952 die II. Parteikonferenz und die Beschlüsse, die an diesem gefasst wurden. Die Rede war vom Aufbau des Sozialismus – und zwar ganz getreu dem sowjetischen Vorbild. Bauern mit mehr als 100 ha Grundbesitz wurden enteignet, die gesamte Industrie und schliesslich die ganze Gesellschaft verstaatlicht, die Planwirtschaft eingeführt. Doch was in der Folge zum Aufstand führte, war die angestrebte „Erhöhung der Produktivität“, welche angeblich „die wichtigste Voraussetzung für die gesellschaftliche Entwicklung“ war. So wurden ohne Rücksicht auf die Arbeiter die Normen um 10% erhöht, was den Hauptgrund für die Misere bildete. Diese Veränderungen führten schon anfangs 1953 zu Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft, wobei es in wenigen Fällen zu Streiks, Demonstrationen und gewalttätigen Uebergriffen auf Funktionäre der SED oder des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) kam.

1.2 Der „Neue Kurs“

Der Tod des sowjetischen Diktators Josef Stalin am 5. März 1953 führte aber in der DDR im Verlaufe des gesamten Jahres, wie in ihrem Vorbild der UdSSR, zu tiefgreifenden Reformen, welche unter anderem die Einstellung der Zwangskollektivierung, die Förderung der Privatunternehmer und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit mit sich brachten. Diese von

der SED-Führung zwangsweise aufgenommene Richtung sollte fortan als der „Neue Kurs“ bekannt sein. Dieser neue Kurs kam aber zu spät, um die Krise zu überwinden, in der sich die Arbeiterschaft befand, und hatte überhaupt mehrheitlich beschleunigenden Einfluss auf diese. Die SED-Führung packte zwar nach kurzen Diskussionen den neuen Kurs fest an; Plakate und Transparente, die vom „Aufbau des Sozialismus“ und den Beschlüssen der II. Parteikonferenz handelten, wurden entfernt, der Neue Kurs in extremer Weise propagiert. Finanziert wurde dieser Neue Kurs aber, der einige Zugeständnisse beinhaltete, von der weiterhin existierenden Normerhöhung für die Arbeiter. Diese Tatsache und wohl auch die zaghafte Selbstkritik der Regierung, früher einige Fehler gemacht zu haben, führten endgültig zum Arbeiteraufstand.

1.3 Der Protest am 16. Juni 1953

Am 16. Juni erschien im Organ des FDGB-Vorstandes ein Artikel ihres Sekretärs Otto Lehman, in dem er sich über Bedenken zur Normerhöhung äusserte. Darin war zu lesen, dass die Erhöhung „im vollen Umfang richtig“ war und dass es galt, „die Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10% bis zum 30. Juni 1953 mit aller Kraft durchzuführen“. Dazu ist anzumerken, dass der FDGB nicht im Sinne einer echten Gewerkschaft die Arbeiterschaft und deren Interessen vertrat, sondern lediglich ein weiterer Erfüllungsgehilfe der SED war. Diese im Grunde arbeiterfeindlichen Worte steigerten, besonders weil sie aus der Feder eines Gewerkschaftsfunktionärs stammten, die Verbitterung und Enttäuschung der Ostberliner Arbeiter und bestärkten sie in ihrer Absicht, gegen die Normerhöhung zu protestieren. So starteten einige hundert Bauarbeiter im Viertel Friedrichshain eine spontane Demonstration, der sich immer mehr Bauangestellte, besonders der Stalinallee, der Vorzeigestrasse der DDR, anschlossen. Schon bald hatte sich ein grosser Demonstrationzug gebildet, der in Richtung des FDGB-Vorstandes marschierte. Da dieses aber leer aufgefunden wurde, beschlossen die Demonstranten, ihre Forderung gleich dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vorzutragen und zogen deshalb zum sogenannten Haus der Ministerien. Als sie dort ankamen, war ihre Zahl mittlerweile auf etwa 10'000

angestiegen. Der Minister für Schwerindustrie, Fritz Selbmann, versuchte einige Worte an die Streikenden zu richten, wurde aber von ihnen niedergeschrien.

Inzwischen hatte die SED-Bezirksleitung dem tagenden Politbüro den Vorschlag zukommen lassen, aufgrund dieser extremen Situation die Normerhöhung rückgängig zu machen. Sie hofften, dem Streik durch diesen Akt deutlichen Entgegenkommens Einhalt gebieten zu können. Die SED-Parteiführung teilte diese Meinung und willigte auf die Forderung der Demonstranten ein. Als dies ihnen mitgeteilt wurde, forderten die Arbeiter das Erscheinen Grotewohls und Ulbrichts. Dann erhoben spontane Redner aus den Reihen der Arbeiter neue wirtschaftliche Forderungen wie Preissenkungen, aber vor allem auch politische, so z.B. den Rücktritt der Regierung und die Abhaltung freier Wahlen. Mit Sprüchen wie „Spitzbart, Bauch und Brille, sind nicht des Volkes Wille!“ machten die Arbeiter aus ihrem eigenen ursprünglich kleinen Aufstand langsam eine Bewegung des ganzen ostdeutschen Volkes. Mit „Spitzbart, Bauch und Brille“ waren Ulbricht, Wilhelm Pieck (der Präsident der DDR) und Grotewohl gemeint.

Bei der allmählichen Auflösung der Demonstration gelang es den Streikenden noch, einen Lautsprecherwagen der SED gewaltsam in Besitz zu nehmen, mit welchem sie die Bevölkerung Ostberlins zu einem Generalstreik am folgenden Tag, dem 17. Juni 1953, aufriefen. Dieser Aufruf erreichte bis zum späten Nachmittag grosse Teile der Bevölkerung. Zudem wurde dem Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) eine Resolution überbracht, in der die folgenden Forderungen lesen waren: Die Auszahlung der Löhne nach den alten Normen schon bei der nächsten Lohnzahlung, die sofortige Senkung der Lebenshaltungskosten, freie und geheime Wahlen und keine Massregelung der Streikenden und der Sprecher. Diese Resolution wurde vom RIAS am 16. Juni noch einige Male ausgestrahlt.

Die SED ihrerseits war vom Aufstand wenig beeindruckt. So wurde sie in einer Rede Grotewohls am Nachmittag des 16. Junis mit keinem Wort erwähnt. Doch schon damals zeichnete sich ab, dass etwas Grösseres am nächsten Tage geschehen würde; und so darf

man den 16. Juni als letztes Kapitel des grossen Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 bezeichnen.

2. Der Volksaufstand

2.1 Die Ereignisse des 17. Juni 1953

Dem Streikaufruf vom Vortage waren bereits in den frühen Morgenstunden einige tausend Menschen gefolgt, die sich trotz strömenden Regens auf dem Strausberger Platz einfanden. An diesem Tag entstand nicht nur ein einziger Demonstrationzug, sondern aus den Aussenbezirken Berlins zogen im Laufe des Vormittages streikende Arbeiter in verschiedenen Aufmärschen in den Stadtkern Ostberlins, denen sich aber auch Schüler, Studenten, Hausfrauen, Rentner, Geschäftsleute, Angestellte und viele mehr anschlossen. Gegen 9.00 Uhr hatten sich in den Hauptstrassen, besonders im Regierungsviertel Berlins, zehntausende Menschen versammelt, um gegen die DDR-Regierung zu protestieren. Anders als am Vortag wurden nun vermehrt politische Forderungen laut. Die Demonstranten hatten sich in aller Eile Transparente zusammengebastelt und bekräftigten damit ihren Wunsch nach politischer Veränderung. Es kam zu Handgreiflichkeiten mit der Volkspolizei und Uebergriffen auf staatliche Einrichtungen. In mehreren Gebäuden, darunter dem Haus der Ministerien und der Volkspolizeiwache im Columbia-Haus, legten die Streikenden Brände. Der Zorn und die Unzufriedenheit der Aufständischen entlud sich auch in der Zerstörung zahlreicher Propagandaplakate der SED und sogar die rote Fahne auf dem Brandenburger Tor wurde von den Demonstranten heruntergeholt und unter grossem Jubel der Teilnehmer zerrissen. Mehrere Parteibüros wurden gestürmt und Funktionäre verprügelt. Die SED schien die gesamte Kontrolle verloren zu haben, und so sah sich der wahre Machthaber der DDR gezwungen, die Situation zu entschärfen: Die Sowjetunion.

Um 13.00 Uhr wurde vom Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin, Generalmajor Dibrowa, der Ausnahmezustand über Ostberlin verhängt. Jegliche Demonstrationen und sonstige „Menschenansammlungen über drei Personen“ wurden

verboten und ab 21.00 Uhr die Polizeistunde verhängt. Um zu bekräftigen, dass sie entschlossen waren, mit allen Mitteln die Kontrolle und höchste Autorität in ihrer Interessensphäre zu erhalten, entsendeten die Sowjets Marschall Wassili Sokolowski, den Generalstabschef der Sowjetischen Armee, in das Krisengebiet. Sie glaubten, so den Aufstand ersticken zu können. Doch auch sie irrten sich. Zwar kreuzten nun sowjetische Panzer auf und mit ihnen auch bewaffnete Soldaten, doch vermochten diese die Aufständischen nicht vollends abzuschrecken. Bald schon gab es unter den Demonstranten die ersten Toten und Verletzten. Nichtsdestotrotz wurde auf die sowjetischen Panzer mit primitiven Waffen eingeschlagen, sie wurden mit Steinen beworfen und man versuchte, sie durch Abbrechen der Funkantennen zu beschädigen. Diese Angriffe gegen die Uebermacht blieben jedoch die Ausnahme. Trotzdem dauerte es sehr lange, bis die Sowjets gemeinsam mit der Volkspolizei den Aufstand endgültig unterdrücken konnten. Um 21.00 Uhr waren die Strassen Ostberlins geräumt und die Knotenpunkte der Stadt mit sowjetischen Soldaten besetzt.

Die SED-Funktionäre verbrachten ihrerseits den 17. Juni zum grössten Teil in Angst um ihre persönliche Sicherheit einerseits und um ihre Position in der Partei andererseits. Nur wenige bekundeten ein gewisses Unwohlsein und Missfallen angesichts der aufgefahrenen russischen Panzer in Berlin.

Nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Teilen der DDR ging die Bevölkerung am 17. Juni auf die Strasse. Diese Aufstände brachen aus, nachdem die Arbeiter vom Streik ihrer ostberliner Kollegen am Vortage erfahren hatten und sich mit ihnen solidarisierten. Es kam bei den Demonstrationen ausserhalb Berlins oft zu radikaleren Ausschreitungen; so wurden in einigen Städten Geschäfte geplündert und Angehörige der Volkspolizei getötet. Auch wurden Gefängnisse gestürmt und Gefangene befreit – politische sowie zum Teil auch nicht-politische. Diese Demonstrationen ausserhalb Berlins sollen in dieser Arbeit aber nicht näher behandelt werden.

Der grosse Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurde am selben Tage noch weitgehend niedergeschlagen; dies wohl aufgrund der schnell einmarschierten sowjetischen Truppen,

ohne die die SED die Kontrolle über die Geschehnisse mit Sicherheit verloren hätte. Die letzten kleinen Unruhen, die im direkten Zusammenhang mit den Ereignissen vom 17. Juni 1953 standen, gab es am 15. Juli in einem Kupferbergbau in Helbra. Die Forderungen des 17. Juni 1953 sollten aber erst 37 Jahre später in Kraft treten.

2.2 Der Aufstand in Zahlen und Fakten

Aus offizieller DDR- bzw. SED-Sicht fiel die Bilanz des Aufstands wie folgt aus: In 272 der rund 10'000 Gemeinden der DDR sollen Unruhen stattgefunden haben. Die Zahl der streikenden Arbeiter schätzten sie auf etwa 300'000, was etwa 5,5 % der rund 5,5 Millionen Beschäftigten darstellte. Die Bilanz Grotewohls an der 15. Tagung der SED am 26. Juli 1953 lautete daher: „Das Geschrei von der angeblich einmütigen, leidenschaftlichen Forderung aller Arbeiter der Deutschen Demokratischen Republik nach Rücktritt der Regierung ist eine Lüge.“

Westliche Auswertungen sprechen jedoch, entgegen den offiziellen DDR-Berichten, von bis zu 373 Orten, an denen es zu Streiks und Demonstrationen kam. Ferner besagen sie, dass diese Gemeinden weit über die DDR verteilt waren und widersprachen so auch den Behauptungen Grotewohls, die ländliche Bevölkerung hätte sich nicht am Aufstand beteiligt. Nach neueren Forschungen lag die Zahl der streikenden Arbeiter zudem bei etwa einer halben Million, während die Zahl aller Demonstrierenden grob auf etwa drei bis vier Millionen geschätzt wird. Obwohl diese Zahl bei einer Wohnbevölkerung von 18,3 Millionen keine überwiegende Mehrheit ist und der Aufstand in erster Linie von der Arbeiterschaft getragen wurde, darf man beim 17. Juni durchaus den Begriff „Volksaufstand“ anwenden. Dies wird einerseits von der grossen räumlichen Ausdehnung des Aufstands und andererseits durch die politischen Forderungen der Teilnehmer, mit denen sich keineswegs nur die Arbeiter, sondern der weitaus grösste Teil der Bevölkerung in der DDR identifizierte, untermauert.

Die SED ihrerseits hatte andere Begriffe für den Volksaufstand: in der einzigen Zeitung der DDR, „Neues Deutschland“, war u.a. von einem „Abenteurer ausländischer Agenten“, einem „Verbrechen westberliner Provokateure“ und vor allen Dingen von einem „faschistischen Putschversuch“ zu lesen. Diese Begriffe waren – abgesehen davon, dass sie als propagandistische Lügen zur Wegwischung der wahren Ursachen dienten – insofern falsch, als dass der Volksaufstand nicht wie z.B. bei einem Putschversuch zentralisiert gelenkt wurde, sondern völlig spontan und in den einzelnen Gebieten unabhängig voneinander entstand und von sich ging, ohne jegliche Führungspersonen. Dies war wohl auch, neben der sowjetischen Militärpräsenz, einer der Hauptgründe für das schnelle Auseinanderfallen des Aufstands.

Nach Angaben des Staatsicherheitsdienstes der DDR wurden während dem Aufstand 25 Menschen getötet und 378 verletzt. Die tatsächliche Zahl dürfte wohl etwas höher liegen; westliche Schätzungen nennen 50 bis 569 Todesopfer; nach den neuesten Auswertungen wurden mindestens 125 Menschen getötet, davon 48 standrechtlich hingerichtet. Zu diesen standrechtlich Erschossenen gehören auch mindestens 18 sowjetische Soldaten, die sich weigerten, auf die Demonstranten zu schießen. Trotz allem ging die sowjetische Besatzungsmacht jedoch nicht so rücksichtslos und mörderisch vor wie es die westliche Welt behauptete. Bei einem solchen Umgang mit den Aufständischen wäre die Todeszahl weitaus höher ausgefallen, bedenkt man doch, dass die Sowjets mehrere Divisionen und einige hundert Panzer einsetzten.

3. Die Folgen

3.1 Die Folgen in der DDR

Der Volksaufstand zeigte deutlich, dass die von der UdSSR errichtete SED-Diktatur nur durch Waffengewalt und Terror entstanden war und auch nur mit diesen Mitteln aufrecht erhalten werden konnte. Nach der Niederschlagung des Aufstandes und der Verfolgung

dessen Anführer, verbreitete das ZK (Zentral Komitee) der SED ihre Version der Vorkommnisse:

Es habe sich um einen "faschistischen Putschversuch" gehandelt, eine "Konterrevolution", gesteuert von westdeutschen und amerikanischen Politikern aus Westberlin. "Durch ihre Agenten und andere gekaufte Subjekte, die vor allem von Westberlin aus massenhaft in die DDR eingeschleust wurden, gelang es den aggressiven Kräften des deutschen und des amerikanischen Monopolkapitals, in der Hauptstadt Berlin und einigen Orten der Republik Teile der Bevölkerung zur Arbeitsniederlegung und zu Demonstrationen zu bewegen. Am 16. und 17. Juni zogen Tausende faschistischer Schläger sowie viele irregeleitete Westberliner Jugendliche in organisierten Gruppen über die Sektorengrenze, verteilten Flugblätter und setzten Warenhäuser der HO und andere Gebäude am Potsdamer Platz in Brand. [...] Insgesamt kam es jedoch nur in 272 von den etwa 10'000 Gemeinden der DDR zu Unruhen, und zwar nur dort, wo die imperialistischen Geheimdienste ihre Stützpunkte hatten oder wohin sie Agenten schicken konnten" (Doernberg, S. 239 und 241).

Mit aller Härte wurde gegen die Anführer der Demonstrationen vorgegangen. Fast 1400 Personen wurden verhaftet. Doch man ging sogar noch weiter: Am Nachmittag des 18. Juni gab der sowjetische Stadtkommandant von Ost-Berlin die standrechtliche Erschiessung des West-Berliners Willi Götting bekannt, welcher angeblich aktiv an den Unruhen beteiligt gewesen war.

In der SED folgte eine "Reinigung von feindlichen Elementen", angeordnet von den Sowjets, die kein weiteres Risiko eingehen wollten. Dabei wurden die Gegner von Ulbricht, Zaisser und Herrstadt aus der SED ausgeschlossen und somit Ulbrichts Position gestärkt. Zudem wurden noch weitere Mitglieder ausgeschlossen, denen man Passivität oder sozialdemokratische Ansichten vorwarf. Insgesamt wurden auf diese Weise über 60 Prozent der gewählten SED-Bezirksleitungen bis 1954 ausgeschlossen. Dass Volk machte dazumal die bittere Erfahrung, dass der Versuch einer gewaltsamen Veränderung des politischen Systems solange keine Aussicht auf Erfolg hat, wie die UdSSR das Regime in der DDR in den Händen hält.

Trotz allem übte die SED auch vage Selbstkritik. So gab zum Beispiel Ulbricht auf der 15. Tagung des ZK der SED zu: "Schonungslos müssen wir feststellen: Die Provokationen am 17. Juni haben die Partei überrascht" (Ulbricht, S. 70). Auch schon an der 14. ZK-Tagung am 21. Juni legte die SED ein Schuldbekenntnis ab: "Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter" (Krämer, S. 129).

Am 21. Juni wurden die Arbeitsnormen auf den Stand vor dem 1.4.1953 zurückgenommen und die Lohnkürzungen rückgängig gemacht. Im Oktober 1953 senkte die Regierung die Preise fast aller Waren in den HO(Handels Organisation)-Läden um 10 bis 25 Prozent. Und Ende 1954 reduzierten die UdSSR die Kosten für die sowjetische Besatzung, die von den Deutschen selber aufgebracht werden mussten, auf 5 Prozent des Staatshaushaltes. Dazu wurden noch die Sowjetischen Aktiengesellschaften (inklusive der wichtigen Leuna-Werke, aber ohne die uranförenderde Wismut AG) für 2,55 Milliarden Mark an die DDR verkauft. Dank diesen Massnahmen verbesserte sich die Lebenslage der DDR Bevölkerung, doch trotzdem flüchteten weiterhin Tausende in den Westen. 1953 flüchteten 331'000 Menschen, 1954 waren es 184'000 und 1955 immer noch 252'000 (Weber, S. 39).

Der Westen (allen voran Frankreich, Grossbritannien und die USA) reagierte auf die Vorkommnisse des 17. Juni sehr zurückhaltend, da er die UdSSR auf keinen Fall provozieren wollte. Auch war man nicht vorbereitet. Josef Strauss, damaliger stellvertretender Vorsitzender der CSU, in seiner Autobiographie (Strauss, S. 204): "Wir hatten zwar Informationen, dass die Unzufriedenheit unter den Menschen drüben von Tag zu Tag stieg, dennoch wurden wir von dem plötzlichen Ausbruch der Unruhen und dem demonstrativen Freiheitswille überrascht." Auch nach dem Aufstand hielt sich die Bundesregierung in ihren Stellungnahmen und ihren Aufforderungen bewusst zurück. Interventionen des Westens gegen die Politik der Verfolgung und Vergeltung der SED nach dem Juni-Aufstand blieben aus, weshalb diese westliche Zurückhaltung später Gegenstand von heftiger Kritik wurde.

4. Literaturverzeichnis

- Beier, Gerhard: Wir wollen freie Menschen sein. Frankfurt am Main und Wien, 1993.
- Boockmann, Hartmut/Stürmer, Michael u.a.: Mitten in Europa. Deutsche Geschichte. Berlin, 1987.
- Doernsberg, Stefan: Kurze Geschichte der DDR. Berlin, 1965.
- Informationen zur politischen Bildung, Geschichte der DDR, Folge 231, 2. Quartal 1991.
- Krämer, Martin: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und sein politisches Echo in der Bundesrepublik Deutschland. Bochum, 1996.
- Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.): DDR - Das politische, wirtschaftliche und soziale System. München, 1974.
- Strauss, Franz Josef: Die Erinnerungen. Berlin, 1989.
- Ulbricht, Walter: Die gegenwärtige Lage und der neue Kurs der Partei. o.O., o.J.
- Weber, Hermann: Die DDR - 1945-1986. München, 1988.
- Wolle, Stefan: Der Tag X - 17. Juni 1953. Berlin, 1995.

Online: <http://www.17juni1953.com/literatur.html>

Von Schülern für Schüler

Mit unserer Website 17juni1953.com wollen wir anderen Schülern helfen und zum Grundgedanken des Internets beitragen: Verbreitung von Informationen ohne kommerzielle Schranken. Fragen und Anregungen sowie auch Lob und Kritik nehmen wir gerne unter info@17juni1953.com entgegen.

Die Autoren

Jonathan Landau (1983) studiert Internationale Beziehungen an der London School of Economics. Tobias Zehnder (1982) studiert Publizistik am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich.